Gewerkschafter Vassiliadis, Kanzlerin Merkel: *Ungewohnte Rolle, die Politiker zur Besonnenheit zu ermahnen*

H.-CHR. DITTRICH / DPA

REGIERUNG

Ganz Große Koalition

Niemand wirbt derzeit fleißiger für Schwarz-Rot als die Gewerkschaften. Ihr Kalkül: Sie könnten in den nächsten vier Jahren die großen Nutznießer der Berliner Politik sein.

Es gibt Schlüsselfiguren bei den Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und Union, die jeder kennt. Angela Merkel gehört dazu. Sigmar Gabriel. Oder der umtriebige Horst Seehofer. Aber wer hat schon mal den Namen von Wolfgang Lemb gehört?

Dabei muss der gebürtige Hesse bei den Regierungsgesprächen nicht mal mit am Tisch sitzen, um gehört zu werden. Lemb amtiert als Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Erfurt und Nordhausen. Gleichzeitig sitzt er als wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD im Thüringer Landtag. In der Sozialdemokratie ist der Gewerkschafter exzellent verdrahtet, seine Kontakte reichen bis in die Hauptstadt.

Gerade jetzt ist das wichtig. Gibt es Schwierigkeiten beim Thema Energiewende und Erneuerbare Energien? Lemb greift zum Telefon und ruft Thüringens Wirtschaftsminister Matthias Machnig an, der in Berlin mitverhandelt. Könnte das Thema Bildung im Koalitionsvertrag zu kurz kommen? Lemb schickt Thüringens Wissenschaftsminister Christoph Matschie in die Spur, der in der zuständigen Arbeitsgruppe tagt. Oder gibt es Zweifel an der Ausgestaltung des Mindestlohns? Lemb schaltet sich mit seinem Metaller-Kollegen Armin Schild kurz, der der Fachgruppe Arbeit und Soziales angehört.

„Ich führe viele nichtöffentliche Diskussionen“, sagt Gewerkschafter Lemb, „um sicherzustellen, dass unsere Positionen am Ende auch im Koalitionsvertrag stehen.“ Es könnte sein, dass die Arbeitnehmervertreter so am Ende zu den großen Profiteuren der Großen Koalition gehören.

Mag die SPD-Basis mit dem Parteienbündnis hadern, der Wirtschaftsflügel der CDU meutern und die Riege der Verhandlungsführer noch über Kompromissentwürfen brüten – bei den Gewerkschaften findet das geplante schwarz-rote Bündnis breite Sympathie.

In Zeiten der weiter schwelenden Euro-Krise brauchen sie eine stabile Regierung – auch aus Eigennutz. In den nächsten vier Jahren wollen sie das Maximum für sich und ihre Mitglieder herausholen.

Schon die ersten Signale aus den Koalitions-Arbeitsgruppen der angehenden Partner stimmen die Gewerkschaften zuversichtlich. Der Mindestlohn von 8,50 Euro soll kommen, die Zeitarbeit strenger reguliert, die Mitbestimmung beim Einsatz von Werkvertragsbeschäftigten ausgeweitet werden. Die Renten für Geringverdiener dürften angehoben, die Leistungen der Pflegeversicherung erweitert werden. So viel gewerkschaftsfreundliche Politik war lange nicht. So viel Zustimmung im Arbeitnehmerlager auch nicht.

„Ich bin überzeugt, dass die Große Koalition eine Politik machen wird, die den Interessen der Gewerkschaften und der Beschäftigten an vielen Stellen entgegenkommt“, sagt Elke Hannack, Vize-Chefin des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB). Sie gilt im SPD-geprägten Gewerkschaftsmilieu als Mittelsfrau zur CDU: Schon vor mehr als drei Jahrzehnten trat Hannack in die Union ein.

Als Fan einer Großen Koalition outet sich auch der Chef der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG

BCE), Michael Vassiliadis: „Die hat den Vorteil, dass sie auch wirklich große Themen anpacken kann“, sagt er. „Da kann sich die CDU nicht mehr hinter ihrem früheren Koalitionspartner verstecken und sagen, aus Rücksicht auf die FDP sei dies und jenes nicht durchsetzbar.“

Dass die beiden Volksparteien so eifrig über Arbeit und Soziales debattieren, sehen Gewerkschafter durchaus als ihr Verdienst. „Es ist doch gut“, sagt der designierte IG-Metall-Chef Detlef Wetzel, „dass unser Einfluss auf die Tagesordnungen der politischen Debatte so groß ist und sich überall die Themen wiederfinden, die den Menschen wichtig sind.“ Debattieren reiche aber nicht aus, jetzt müsse der Koalitionsvertrag ein großer Wurf werden, denn jeder wisse, dass Themen, die dort nicht auftauchen, hinterher nur schwer durchzusetzen seien.

Die Gewerkschafter gehen daher auf Nummer sicher. Selbst Ver.di-Chef Frank Bsirske, für den auch ein rot-rot-grünes Bündnis kein Schreckgespenst wäre, stänkert nicht gegen eine Große Koalition. Stattdessen schickte der Ver.di-Chef mit grünem Parteibuch noch während der Sondierungsgespräche den Partei- und Fraktionschefs ein Papier mit den zentralen Forderungen seiner Gewerkschaft zu. Am Ende umfasste es 20 Seiten.

Andere Spitzengewerkschafter traten schon in der Woche nach der Wahl als diskrete Unterhändler auf. So griffen auch Vorsitzende zum Handy, um die zweifelnde nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft vom schwarz-roten Projekt zu überzeugen.

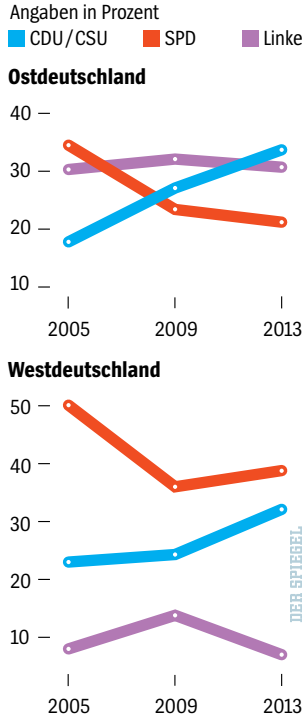
In ihren Telefonaten zitierten die Gewerkschafter eigene Studien. Für das DGB-Informationsblatt „einblick“ hatte etwa die Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen die Parteipräferenzen im Arbeitnehmerlager untersucht. 32,4 Prozent aller befragten Gewerkschaftsmitglieder haben demnach bei der Bundestagswahl ihr Kreuzchen bei CDU und CSU gemacht – satte 7,4 Prozentpunkte mehr als noch 2009. Diese Zahlen müsse man als Empfehlung für eine Große Koalition lesen, ließen die Funktionäre Kraft wissen.

Allerorten regiert Pragmatismus: Seit der größten Niederlage der Gewerkschaften in der Nachkriegsgeschichte haben sie sich verändert. Vor zehn Jahren suchten sie die Konfrontation und zogen gegen die rot-grüne Regierung und die Agenda 2010 auf die Straße. Die Strategie, die Gewerkschaften als außerparlamentarische Opposition zu neuer Macht zu führen, verkehrte sich ins Gegenteil – sie führte in die Isolation.

Das Verhältnis zu ihrem historischen Bündnispartner SPD war zunächst tief zerrüttet, ein neuer nicht in Sicht. Nach einer Schockstarre öffneten sich die Gewerkschaften der Reformdebatte. Es war die Große Koalition von 2005 bis 2009, die sie zurück ins politische Geschäft brachte.

Wie Gewerkschaftsmitglieder bei Bundestagswahlen gewählt haben

Quelle: Wahltagbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, im Auftrag von „einblick“



Vor allem lernten die Funktionäre Angela Merkel schätzen. Notlagen schweißen zusammen: In der Finanzkrise nach der Lehman-Pleite sei die Kanzlerin eine solide Partnerin gewesen, schwärmen Gewerkschafter noch heute. Für die Abwrackprämie hatte IG-Metall-Chef Berthold Huber persönlich erste Konzepte vorgelegt. Am Ende setzten Union und SPD ein üppiges Konjunkturpaket um – von der Hilfe für die Automobilindustrie bis zum verlängerten Kurzarbeitergeld.

Inzwischen ist der Einfluss der Gewerkschaften auch in den beiden christlichen Parteien gewachsen. Früher belächelten gestandene Funktionäre den parteieigenen Arbeitnehmerflügel CDA als einflusslose Folkloretruppe. Inzwischen geben sie zu, dass er das Programm der Union in den vergangenen Jahren stärker geprägt hat als der Wirtschaftsflügel – wie praktisch, dass im neuen Bundestag mehr CDA-Mitglieder sitzen als je zuvor.

Was sie von der neuen Regierung erwarten, erklären die Arbeitnehmerlobbyisten unverhohlen. So verfassten die Chefs der Einzelgewerkschaften und die DGB-Spitze gleich nach der Wahl eine Handlungsempfehlung. Ihre Wunschliste reicht von A wie Ausbildungsoffensive bis Z wie Zusatzbeitrag für die Krankenversicherung, der natürlich abgeschafft gehöre.

Sie diktierten auch ihr Wunschprogramm für die ersten 100 Tage einer neuen Regierung. Forderung Nummer eins: ein Mindestlohn von 8,50 Euro. Forderung Nummer zwei: strengere Regeln für die Zeitarbeit. Forderung Nummer drei: flexiblere Übergänge in die Rente. Erstaunt berichten Gewerkschafter, dass selbst die Union bei allen Punkten Entgegenkommen signalisiere.

Sollte ein Vorhaben von den Interessen der Gewerkschafter abweichen, greifen sie zum Hörer. Als Vassiliadis erfuhr, dass beabsichtigt ist, ein Verbot der Erdgasfördermethode Fracking in den Koalitionsvertrag schreiben zu lassen, kündigte er im kleinen Kreis eine Intervention an. Es könne nicht sein, zitieren ihn Vertraute, dass man eine Technologie verteufle, ohne dass darüber zuvor eine gesellschaftliche Debatte stattgefunden hätte.

Dabei schmieden die Gewerkschaften längst ungewohnte Allianzen. Am Mittwoch vergangener Woche veröffentlichten IG BCE und IG Metall gemeinsam mit den Wirtschaftsverbänden BDI und BDA in einer Art ganz Großer Koalition eine gemeinsame Erklärung zur Energiewende. Sie seien „in großer Sorge“ – und fordern, die Zuständigkeit für die Energiepolitik zu bündeln, das EEG zu reformieren und die Stromsteuer zu senken. Sonst nehme der „Industriestandort Deutschland Schaden“.

In Wahrheit halfen die Gewerkschafter damit auch der Wirtschaftslobby aus der Bredouille. Denn die konnte sich lange nicht auf eine Linie zur Energiewende verständigen – anders als die IG BCE.

Schon vor zwei Jahren hatte Vassiliadis das Innovationsforum Energiewende (If.E) ins Leben gerufen und die 30 wichtigsten Unternehmen der Branche hinter sich geschart. Ihr Positionspapier zur Energiewende hatten sie damals schon BDA und BDI vorgestellt. Die zeigten sich aber desinteressiert. Jetzt fragte BDA-Hauptgeschäftsführer Reinhard Göhner bei Vassiliadis nach, ob man nicht doch das damalige Papier zur Grundlage einer gemeinsamen Erklärung nehmen könne.

Plötzlich finden sich die Gewerkschaften auch in der ungewohnten Rolle wieder, die Politiker zur Besonnenheit zu ermahnen. In der DGB-Zentrale nähren etwa die Rentenpläne der angehenden Koalitionäre den Verdacht, die neue Regierung könne die Sozialkasse für fragwürdige Wohltaten plündern. „Union und SPD schlagen in der Rentenpolitik den falschen Weg ein. Es geht nicht an, dass die Große Koalition sich an den Reserven der Rentenversicherung vergreift, um Verbesserungen bei der Mütterrente zu finanzieren“, mahnt DGB-Vize Hannack. „Diesen Griff in die Beitragskassen müssen wir verhindern.“ Auch die Rente ab 63 für langjährig Versicherte, wie sie die SPD anstrebt, helfe nicht gegen Altersarmut, sondern nutze nur langjährig Versicherten. Viel wichtiger sei es, die Erwerbsminderungsrente zu verbessern und eine Demografiereserve in der Rentenversicherung aufzubauen.

Es ist lange nicht mehr vorgekommen, dass die Gewerkschaften die Regierung vor zu viel Sozialausgaben gewarnt haben. Auch das gehört zur neuen Gewerkschaftsmacht in der Großen Koalition.

Markus Dettmer, Cornelia Schmergal, Janko Tietz